EP-FH-01-407-3

D – Was Freiheit schützt

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Nabiha Ghanem (KV Soest)

Änderungsantrag zu EP-FH-01

Von Zeile 406 bis 407 einfügen:
sogenannte European Accessibility Act (EAA), in allen Mitgliedstaaten – auch in Deutschland – umgesetzt wird.

Menschen mit Behinderungen oder chronischen Erkrankungen und ihre Familien sind oft auf leicht bedienbare Technik und passende Hilfsmittel angewiesen, Technische Normen nehmen durch die Hintertür großen Einfluss auf ihr Leben. Daher wollen wir für Transparenz sorgen und Betroffenen das Recht geben, Richtlinien und technische Normen auf diskriminierende oder ausschließende Wirkungen überprüfen zu lassen.

Begründung

Menschenrechte, auch das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben, sind uns Grünen sehr wichtig. Barrierefreiheit ist dafür eine grundlegende Voraussetzung.. In der Praxis aber endet die Barrierefreiheit oft dort, wo technische Normen als selbstverständlich gesetzt und ohne demokratische Kontrolle oder auch nur Transparenz über den Rechten von Menschen mit Behinderungen stehen.

Die Liste der Beispiele ist endlos: Steckdosen oder Feuerzeuge mit Kindersicherung, die Mensch nicht mehr selbst bedienen kann. Hilfsmittel mit völlig überzogenen Sicherheitsmaßnahmen, so dass sie nicht selbstständig genutzt werden können. Z.B. extrem langsame Treppenlifte, neuerdings mit Sicherung wie in der Achterbahn, die Menschen mit Handproblemen faktisch in ihrer Wohnung einsperren. Aufzüge, die im Brandfall aus Sicherheitsgründen nicht fahren dürfen: Rollstuhlfahrer können aber die Treppen nicht nutzen und sich aufgrund dieser Norm nicht retten!

Letzteres zeigt eindrucksvoll, wie dramatisch und ableistisch viele technische Normen wirken. Viele davon sind auf europäischer Ebene geregelt, meist durch technische Kommissionen. Dort müssen dringend Transparenz, Beteiligung und Rechte für die Betroffenen her.

weitere Antragsteller*innen

Marc Kersten (KV Köln); Andrea Piro (KV Rhein-Sieg); Annette Standop (KV Bonn); Dirk Hähnel (KV Duisburg); Antje Westhues (KV Bochum); Klaus-Dieter Seiffert (KV Gelsenkirchen); Harald Wölter (KV Münster); Katrin Langensiepen (KV Hannover); Lena Cornelissen (KV Bonn); Sylvia Momsen (KV Frankfurt); Andrea Peuler-Kampe (KV Hagen); Jan Schmid (LV Berlin); Christian Robert Hauer (KV Altmark); Dennis Sonne (KV Coesfeld); Gabriele Raasch (KV Ludwigslust-Parchim); Regine Planer-Regis (KV Herzogtum Lauenburg); Christian Judith (KV Schleswig-Flensburg); Ellen Kubica (KV Mainz); Jürgen Brückner (KV Elbe-Elster); sowie 68 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.